

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Das Blatt ist durch seinen Inhalt
für das Erzgebirge von besonderer
Bedeutung. Es enthält die amtlichen
Bekanntmachungen des Rates der Stadt
und des Amtsgerichts Aue. —
Erscheinungstag: Freitag Nr. 262.

Abonnementpreise: Die Abonnementspreise
für das Erzgebirge sind für ein Jahr
10.00 Mark, für sechs Monate
5.00 Mark, für drei Monate
2.50 Mark. Bei größeren Ab-
nahmen auf besonderen Rabatt.
Postfach-Nr. 1000

Nr. 262

Freitag, den 10. November 1922

17. Jahrgang

Nach dem 9. November.

Was denkt wohl heute die sächsische Regierung, nachdem durch sie das Sachenvolk entgegen dem Willen des halben Volksteils gestört gezwungen war, der Arbeit fern zu bleiben. Wir möchten nicht ins Innenleben der Regierungsmänner sehen. Wir würden etwas ganz anderes als Freude über diese Regierungsarbeit entdecken. Über der Masse mühte doch etwas geboten werden. Sie mühte doch an etwas erkennen, daß „ihre Leute“ jetzt die Gewalt haben und Befehle nach ihrem Gutdünken machen können. Was sollten sie auch sonst bringen? Alle Erfüllungen der sozialistischen Programme, der bunten, aber jedenfalls süßen Versprechungen stoßen sich an den harten Tatsachen und Wirklichkeiten, die sich nicht nur jetzt, sondern für immer naturnotwendig Utopieen, manchmal auch — bedauerlicherweise — allgemein herbeigesehnten Idealzuständen entgegenstellen. Feiertage machen — das ging leicht. Das kostet nichts, wenigstens macht der Regierung keine Kosten. Dagegen blüht dafür das Volk. Der Lohnausfall geht in die Hunderte von Millionen Mark. Dazu gesellt sich der Ausfall der so bitter notwendigen Produktion, über deren fortwährenden Rückgang täglich überall Wehklagen, berechtigtes Mitleid angestimmt wird, deren Vermeerung neben der Milderung der Verfallter Vertragslasten der einzige Weg zur Besserung der Lebensverhältnisse des deutschen Volkes ist. Nicht zuletzt erleidet das Prestige eines Volkes unermesslichen Schaden im Ansehen der anderen Völker, wenn es, tief niedergebückt von drückendster Not, noch auf empfindet, Feiertage einzuführen, deren Notwendigkeit von der Übergroßen Mehrheit des Volkes nicht nur nicht eingesehen wird, sondern deren Einführung ein Faustschlag ins Gesicht dieses Volksteiles ist. Die Reparationskommission in Berlin hat aber ihre Ansicht über diesen Feiertag keinen Zweifel gelassen und es muß mit besonderer Freude anerkannt werden, daß die Berliner Gewerkschaften das notwendige Verständnis für die Lage des deutschen Volkes gezeigt und es abgelehnt haben, am 9. November der Arbeit fernzubleiben.

Daß wir eine republikanische Verfassung haben, dessen freuen wir uns trotz der Schwere der Zeit täglich, aber den Bestand der Republik zu feiern ist ein anderer Tag auszusuchen als der 9. November. Dieser Tag ist der 11. August und die Feier braucht nicht in Arbeitsruhe zu bestehen. Es ist auch kein Vorrecht der sozialdemokratischen Denkenden, Republik zu feiern, es ist geschichtliche Tatsache, daß wir es mit einer Revolution am 9. November 1918 im eigentlichen Sinne nicht zu tun haben. Das Haupt der Regierung floh aus Anlaß des verlorenen Krieges und in die feinen Sessel setzten sich die neuen Machthaber. Im Gegenteil gibt der 9. November Veranlassung zu tiefer Trauer. Es ist der Tag, von welchem an die Gewalt Herrschaft der Entente datiert, es ist der Tag, von dem an der wirtschaftliche Niedergang des deutschen Volkes begann und unaufhaltsam in die tiefsten Tiefen führte. Dieser 9. November ist in Sachsen Feiertag geworden.

Die Wegweiser.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Die Denkschriften der Sachverständigen, die als Ergebnis der Berliner Internationalen Finanzkonferenzen ausgearbeitet worden sind, sind am Mittwoch der Reichsregierung überreicht worden. Es handelt sich um drei Gutachten, die aber in ihren Hauptlinien den gleichen Gedankengängen folgen und sich nur in Einzelfragen voneinander unterscheiden. Als erste Denkschrift wurde die überreicht, die von den Sachverständigen Brand, Cassel, Jenks und Rehn ausgearbeitet worden ist; in späterer Stunde ist dann das zweite Gutachten gefolgt, das von den drei Bankiers der Konferenz Wiffering, Dubois und Kamenska stammt und sich hauptsächlich mit der Frage eines internationalen Finanzsyndikats befaßt und als drittes Gutachten folgt eine Arbeit des bereits an der ersten Denkschrift beteiligten Londoner Bankiers Brand, der sich namentlich mit der Frage der Sicherheit für eine internationale Anleihe beschäftigt.

Die erste Denkschrift, die bereits am Mittwochabend der deutschen Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden konnte, ist naturgemäß sofort in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt worden. Sie gerät in zwei Teile, von denen der eine die allgemeinen Grundzüge für eine Stabilisierung der deutschen Währung auseinandersetzt, während der zweite die spezifizierten Richtlinien dafür gibt. Man mindert den Wert dieser Arbeit um nichts herunter, wenn man feststellt, daß die in ihr gegebenen praktischen und technischen Vorschläge fast nur Dinge auseinandersetzen, die jedem Finanzsachverständigen in der Diskussion der letzten Wochen und Monate zu Selbstverständlichkeiten geworden sind. Wenn es der Klaren und eindringlichen Zusammenfassung dieser Richtlinien durch international anerkannte Finanzsachverständige liegt das praktische Wert der Denkschrift zu einem großen Teil. Dinge, die von deutschen Seite immer wieder ausgesprochen worden sind, werden hier

einprägsam und nachdrücklich von Männern als maßgeblich und richtungweisend verkündet, die im Ausland nicht derselben Bereitwilligkeit zu Mißtrauen begegnen werden, wie es den deutschen Sachverständigen leider immer noch entgegnet.

Über die praktische Bedeutung der Denkschrift wird im einzelnen in den nächsten Tagen noch außerordentlich viel gesprochen und geschrieben werden. Was aber sofort wirksam werden wird, das ist der moralische Effekt dieser Äußerung hervorragender Sachleute. Dieser moralische Effekt liegt darin, daß die Mahnungen und Forderungen der Denkschrift in ihrer Bedeutung garnicht unterschätzt werden können. Sie sind eine entschlossene und mutige Tat, und solcher Entschluß und Mut war noch immer seiner Wirkung sicher. Die Denkschrift, die für die praktische Durchführung ihrer Vorschläge zu einem Zusammenwirken der deutschen und der internationalen finanziellen Kräfte auffordert, erkennt klar und gibt mit derselben unerschrockenen Klarheit dieser Erkenntnis Ausdruck: nur bei Erfüllung einschneidender Voraussetzungen sind diese praktischen Vorschläge durchführbar und lassen Erfolg erhoffen.

Auch diese Voraussetzungen sind an und für sich von den Männern der Finanzkonferenz entdeckt und in ihrer einschneidenden Bedeutung zum ersten Mal dargestellt worden. Und trotzdem ist es von allerhöchster Wichtigkeit und eine Tat, die in Deutschland aufrichtiger Anerkennung sicher sein darf, daß die Verfasser der Denkschrift mit solcher Entschlossenheit und Folgerichtigkeit diese Voraussetzungen aller Welt vor Augen stellen. Das gilt in erster Linie naturgemäß für die äußeren Voraussetzungen, nämlich für ein vollständiges Moratorium, das Deutschland auf eine längere Frist von allen Leistungen für Reparationszahlungen, Sachleistungen und Ausgleichszahlungen befreit. Die Sachverständigen unterstreichen nicht nur die Notwendigkeit eines solchen Moratoriums an und für sich, sondern zugleich auch die nicht minder entscheidende Notwendigkeit seiner Ausdehnung auf einen längeren Zeitraum, den sie selbst auf mindestens zwei Jahre bemessen, womit sie zugleich, daß auch diese Frist unter Umständen noch zu kurz sein kann. Auch den Gedanken der internationalen Anleihe erörtert die Denkschrift in klaren Darlegungen, doch gewinnt man den Eindruck, daß die Verfasser eine solche Anleihe im Vergleich zu dem Moratorium als eine Angelegenheit von geringerer Bedeutung betrachten. Sie sehen darin augenscheinlich in erster Linie ein Mittel zur Befreiung des Mißtrauens innerhalb Deutschlands selbst und zur Unterstützung eigener deutscher Maßnahmen. Die große internationale Anleihe, deren Notwendigkeit die Denkschrift nicht bestreitet, erscheint den Sachverständigen erst dann spruchreif, wenn man imstande ist, die Lage Deutschlands nach Ablauf des Moratoriums klar zu erkennen.

Neben den äußeren Voraussetzungen betont die Denkschrift mit nicht geringem Nachdruck die inneren Bedingungen der deutschen Regierung, denen gerecht zu werden Pflicht der deutschen Regierung ist, wenn sie das Moratorium zu den Voraussetzungen für eine Stabilisierung der Währung will. Die Denkschrift fordert von der deutschen Regierung ein entschlossenes Vorgehen aus eigener Kraft, die zielichere Inangriffnahme einer aufbauenden Politik, unbestimmert um die Maßnahmen, die sich dabei in den Weg stellen könnten. Die Sachverständigen äußern in diesem Zusammenhang ein Maß von Vertrauen in die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit Deutschlands, das manchen verzagenden deutschen Beurteiler beschämen muß. Sie geben der Ueberzeugung Ausdruck, daß unter der Voraussetzung einer Befreiung von den Lasten des Versailles Vertrages und bei der Wiederherstellung der Gleichberechtigung für Deutschland im internationalen Handel ein Ausgleich der deutschen Zahlungsbilanz ebenso gewiß zu erreichen sein wird, wie die Schaffung des Gleichgewichts im Reichshaushalt. Die Sachverständigen glauben, daß bei der Erfüllung dieser Voraussetzungen das Vertrauen in die deutsche wirtschaftliche Kraft zurückkehren wird und daß eine sofortige Stabilisierung der Währung alsdann erreicht werden kann. Sie haben einen ungefähren Kurs für diese Stabilisierung festgesetzt und weisen darauf hin, daß bei der Annahme dieses Dollarkurses von etwa 8000 Mark der Goldbestand der Reichsbank doppelt so groß wäre wie der Wert des Notenumlaufes, eine Sicherung, die einen Zusammenbruch der deutschen Währung völlig ausschließen würde. In den praktischen Richtlinien für die Stabilisierung der Währung wird dann im einzelnen beigelegt, wie eine bei der Reichsbank zu errichtende unabhängige und gegen jeden Eingriff geschützte Währungsstelle, gestützt auf einen Teil des Reichsbankgeldes, arbeiten soll.

Die neue Note der Reichsregierung.

Gestern wurde der Wortlaut des Notenaustausches zwischen der Reichsregierung und der Reparationskommission veröffentlicht. Am 4. November wurde von der Reichsregierung der Reparationskommission der Vorschlag für eine Stabilisierung der Währung übergeben. Es handelte sich um die Urzeugung, unter Mitwirkung der Reichsbank ein internationales Syndikat zur Beschaffung eines internationalen Bankkredits von mindestens 500 Millionen Goldmark zu schaffen, um die Währung zu stützen und ihren Stand zu bessern.

Am 6. November erfolgte die Antwort der Reparationskommission. Die Reichsregierung hat der Reparationskommission gestern eine neue Note überreicht. Sie stützt sich einerseits auf das Gutachten der englischen und amerikanischen Sachverständigen, andererseits auf zwei Gutachten der Bankiers unter den Sachverständigen, nämlich des Präsidenten der niederländischen Bank Wiffering, des Schweizer Bankiers Dubois und des Londoner Bankiers Brand, des Mitinhabers der Bankfirma Hazard Broth. Die entscheidenden Sätze in der auf der Grundlage dieser Gutachten ausgearbeiteten deutschen Note haben folgenden Inhalt:

1. Die deutsche Regierung wiederholt ihre bereits früher ausgesprochene Bereitwilligkeit, die von ihr nach dem Memorandum vom 18. Juli d. J. gegenüber dem Garantiefomitee übernommenen Verpflichtungen in ihrer Gesamtheit zu verwirklichen. Sie hat bereits alle hierfür notwendigen Maßnahmen getroffen.

2. Die deutsche Regierung erklärt erneut, daß sie eine Festigung und Besserung des Marktes als die augenblicklich wichtigste und dringlichste Aufgabe ihrer Politik betrachtet. Sie erlaubt sich ihrem Vorschlag für eine Stabilisierung der Währung vom 4. d. M. folgenden hinzufragen: Es muß nochmals mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß alles, was jetzt zum Zweck der Stabilisierung der Währung geschehen kann, immer nur ein Hilfsmittel ist, um ein gewisses Vertrauen des deutschen und des ausländischen Publikums in die Zukunft der deutschen Wirtschaft und der deutschen Finanzen wieder herzustellen. Ein dauernder Erfolg der Maßnahmen, die jetzt unternommen werden können, wird nur dann verbürgt, wenn die endgültige Lösung des gesamten Reparationsproblems alsbald in Angriff genommen und mit größter Beschleunigung zu Ende geführt wird. Immerhin ist es nach Ansicht der deutschen Regierung nötig und möglich, schon jetzt im Wege der Zusammenarbeit eines ausländischen Bankensyndikats mit der Reichsbank Maßnahmen zur Stärkung der Währung zu ergreifen.

Die deutsche Regierung empfiehlt den Plan der ausländischen Bankfachverständigen der ersten Beachtung der Reparationskommission und bittet, ihn als Grundlage für die weitere Behandlung der Stabilisierungsfrage zu benutzen.

Die erste Bedingung, die die Sachverständigen stellen, geht dahin, daß während der Tätigkeit des Syndikats und bis zur vollständigen Freigabe der vom Syndikat geleisteten Vorschüsse Deutschland von jeder Barzahlung auf Grund des Vertrages von Versailles sowie von allen Naturalieferungen für Reparationszwecke vorübergehend befreit werden müsse. Die deutsche Regierung ist jedoch, wie sie bereits der Reparationskommission erklärt hat, bereit, Lieferungen für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete auch während des Stabilisierungsprozesses zu übernehmen, insofern es möglich ist, diese Leistungen ohne Vermehrung der schwebenden Schuld aus dem Budget oder durch innere Anleihen zu bestreiten.

Das Gutachten der ausländischen Sachverständigen.

Der deutsche Reichsfinanzminister hat die Frage an uns gerichtet, wie wir über die Intervention eines internationalen Syndikats zur Stabilisierung der Währung denken und unter welchen Bedingungen eine solche Intervention nach unserer Ansicht erfolgen könnte.

Die Ursache für die ungeheure Entwertung der deutschen Währung, die während der letzten Monate eingetreten ist, und die sich noch täglich vergrößert, liegt uns vor allem auf einer Entfremdung des Vertrauens im In- und Auslande zu beruhen. Aus diesem Grund ist eine Mitwirkung des Auslandes notwendig. Daher sprechen wir uns dahin aus, daß es zweckmäßig sein würde, unter Mitwirkung (sans les auspices) der Reparationskommission sobald wie möglich eine Veranlassung von Bankleuten aus Staaten mit normaler Währung einzuberufen, d. h. aus den besiegten Staaten, England, Holland, Schweden und der Schweiz. Weiter könnten Bankleute aus anderen Ländern dazwischen kommen, die zur Mitarbeit bereit sind. Die Bankleute hätten die Frage der Verbindung eines internationalen Syn-

bernen...
dienens...
berfahren...
Lernern...
sich gehen...
schneidenden...
nur Aber...
kann, wenn...
nd nächstem...
ern" unter...
und mit...
ng...
erre...
Tageblatt...
ung wird...
Collout und...
und daß...
am 8.1...
ollgelast...
u. Verlag...
Aue...
Angebot!...
el M. 4800...
M. 4800...
M. 3000...
M. 2750...
Pantoffel...
und Schuhe...
alle anderen...
Auswahl u...
Qualitäten...
em empfehle...
binsky...
12...
nium...
braucht...
orellhalt bei...
Fischer...
al-Geschäft...
r Straße 9...
gestaltet...
Baden...
fe...
wert billigt...
er Zeit...
Gauger...
nfabrik, Aue...
Wettlingplatz...
toffeln...
ten Bahn...
fort...
rsdorf, Ca...
1874...
abeberg 629...
rsdorf 24...
antente...
Operation u...
heilt werden...
schlunbe...
otel Wetzlar...
am 10. Nov...
Uhr...
obs, Arzt...
brüchleiben...
antente. 23...
Gnade...
Knollen...
tollon, etc...
alle Arten...
schönen Cager...
Wehnen...
straße 9...
z. eiserner...
-Men...
erger Nr. 12...

Wäre zu wünschen, dessen Aufgabe es wäre, zusammen mit dem Reichsbank und dem Reichsbank durch die von ihm für gewöhnlich erachteten Mittel und Wege an der Stabilisierung des Marktes zu arbeiten.

Obna den Reichsbank vorzuziehen zu wollen, halten wir es doch für ratsam, für gewöhnlich, unsere Ansicht über das einzuschlagende Verfahren auszusprechen.

1. Deutschland müßte während der Tätigkeit des Syndikats und bis zur vollständigen Rückzahlung der erhaltenen Vorschüsse von allen Reparationsbarzahlungen und Sachleistungen befreit werden.

2. Das Syndikat müßte mit einem Kapital von mindestens 500 Millionen Goldmark begründet werden können.

3. Dieser Betrag wäre in Form eines Akzeptkredits auszubringen. Die Wechsel wären von den deutschen Finanzverwaltung auszugeben, mit der Bürgschaftserklärung der Reichsbank zu versehen und hätten auf die Währung des Staates zu lauten, dem der Akzeptant des Wechsel angehört.

4. Die Laufzeit der Wechsel könnte auf höchstens zwei Jahre verlängert werden, vorausgesetzt, daß die Zentralemissionsbanken ihre Zustimmung erteilen.

5. Die Reparationskommission würde auszufordern sein, für die Rückzahlung der von dem Syndikat gewährten Vorschüsse ein Prioritätsrecht vor sämtlichen Reparationsbarzahlungen zu gewähren.

6. Die deutsche Regierung hätte mit Zustimmung der Reparationskommission als besondere Garantie für die Rückzahlung der von dem Syndikat gewährten Vorschüsse die Ertragssteuern der Ausfuhrabgaben nach einem noch zu vereinbarenden Verfahren zur Verfügung zu stellen.

7. Neben den Leistungen des Syndikats hätte sich die Reichsbank zu verpflichten, an der Stabilisierungsaktion mit einem Betrag von gleicher Höhe teilzunehmen, indem sie sich durch Verpfändung eines Teiles ihres Goldbestandes einen Kredit in gleicher Höhe beschafft. Auf diese Weise würden die gesamten zur Verfügung stehenden Fonds den Betrag von einer Milliarde Goldmark oder ihren Gegenwert erreichen.

8. Wir sprechen uns nicht über die Zinsbedingungen und die Vermittlungsgebühren aus, die von Deutschland zu verlangen wären. Diese Frage bleibt vielmehr vorbehalten.

Berlin, den 7. November 1923.
gez. Biffering, Dubois.
Und nun Poincaré.

Im französischen Senat wurde gestern eine Interpellation des Senators Hubert über die Durchführung einer wirkungsvolleren Reparationspolitik im Ruhrgebiet beraten. Nachdem Hubert seine Interpellation begründet hatte, ergriß Poincaré das Wort und erklärte, er wolle sich heute nur über die allgemeine Reparationspolitik aussprechen. Seit Juni v. J. habe Deutschland, das sich für zahlungsunfähig erklärt habe, den Wiederaufbau seiner Handelsflotte in unbegrenztem Maße betrieben, auch Eisenbahnbauten, zum Teil strategische, seien ausgeführt worden. Der Reichszahler habe mehrmals versprochen, der Inflation Einhalt zu gebieten, sei aber auf den Widerstand der Industriellen gestossen. Er, Poincaré, habe im Juni erklärt, man müsse eine oder mehrere deutsche Anleihen auf dem internationalen Geldmarkt auslegen. Was die Mietungsverhältnisse mit der britischen Regierung anbetreffe, so sei festzustellen, daß im Monat August die französische Regierung bereit gewesen ist, ein Gesamtprogramm vorzulegen, das sich auf die Reparationen und die interalliierten Schulden bezog. Poincaré sprach alsdann von seinem Februarprogramm und stellte fest, daß es durch England abgelehnt worden sei. Auf die Würdiger Konferenz übergehend, sagte Poincaré, dort würden die Alliierten, wenn es notwendig werde, zum Zwange schreiten. Die Brüsseler Konferenz werde feststellen, daß die Holz- und Kohlenlieferungen Deutschlands unregelmäßig sind. Sie werde ferner die Frage der Beteiligung an der deutschen Industrie prüfen, ebenso die Frage deutscher Anleihen auf dem ausländischen Markt. Der größte Anteil dieser Anleihen müsse zu Reparationszwecken verwendet werden. Wenn Frankreich nicht befriedigt werde, könne nicht es zu einem Verzicht auf seine Rechte zwingen, die es eher allein zu erreichen suchen werde als das es nicht bezahlt werde. Nach der Rede des Ministerpräsidenten nahm der Senat eine Vertrauensstagesordnung des Interpellanten Hubert an, in der es heißt: Der Senat vertraut auf die Regierung, daß sie durch eine wirkungsvolle Politik die Sicherheit Frankreichs und die Reparationszahlungen gewährleisten.

Wohlversorgung von Kohle an Frankreich unmöglich.

In der Sitzung der Reparationskommission über die deutschen Kohlenlieferungen gab Geheimrat Obermedizinalrat Dr. Brohm vom preussischen Wohlfahrtsministerium, Erklärungen über die ernste Bedrohung der deutschen Volksgesundheit durch die wachsende Kohlennot. Die Sterblichkeit, die neuerdings wieder ansteigt, sei in der Hauptsache auf die bedenkliche Vermehrung der Erkrankungen und Todesfälle an Gicht zurückzuführen. Es sei erforderlich, namentlich den unermittelten Volksschichten im kommenden Winter mehr Kohlen zu liefern, da sie nicht in der Lage seien, sich den notwendigen Bedarf an Fett zuzuführen und deshalb Erkrankungen in besonders hohem Maße ausgeföhrt seien. Unter diesen Umständen würden Mehrerlieferungen an die Entente unabwehrbare gesundheitliche Gefahren mit sich bringen.

Kleinpolitische Meldungen.

Bombenattentat in Belgien. Auf das belgische Volkshaus ist ein Bombenattentat verübt worden, das aber glücklicherweise nur geringen Sachschaden zur Folge gehabt hat. Da die Bombe nur mit Schwefelbatterien gefüllt war, wird angenommen, daß es sich nur um eine antisozialistische Demonstration gehandelt hat. Das Volkshaus, in einer der belebtesten Straßen Brüssels ge-

gen, ist bei den Unruhen im März 1921 eingeschleiert, dann aber wieder aufgebaut worden.

Industrie und Marktabstufung. Präsidium und Vorstand des Reichsverbandes der deutschen Industrie hatten gestern eine Sitzung. Im Verlaufe der Aussprache wurde, wie die „Telegraphen-Union“ mitteilt, übereinstimmend betont, daß die Industrie wie die gesamte deutsche Wirtschaft das größte Interesse daran habe, so schnell wie möglich von den Schwankungen der Währung loszukommen und zu einem festen Wertmesser zu gelangen. Umstritten sei nur der Zeitpunkt und Voraussetzungen für eine dauernde Stabilisierung der Mark. Uebereinstimmend bestand auch darüber, daß durch ungedachte und mangelhaft formulierte Maßnahmen, wie die Devisennotverordnung und deren Ausführungsbestimmungen die Stützung unserer Währung nicht gefördert, sondern schwer geschädigt haben.

Große Einfuhr, kleine Ausfuhr. Die Einfuhr für den Monat September betrug mengenmäßig 48,8, die Ausfuhr 15,9 Millionen Doppelzentner, das bedeutet eine fast gleiche Steigerung für beide Seiten der Bilanz. Die Kohleneinfuhr stieg um fast eine Million Doppelzentner, die Weizeninfuhr um fast 1/2 Millionen Doppelzentner, während höherwertige Waren, wie Kaffee, Tee, Gewebe zurückgingen. In Goldmark umgerechnet hatte die Einfuhr einen Wert von 421,8 Millionen gegen 664,8 Millionen, die Ausfuhr einen solchen von 280,4 Millionen gegen 320,8 Millionen im August. Die Einfuhr überstieg in den ersten neun Monaten 1923 die Ausfuhr um rund 1 1/2 Milliarden Goldmark.

Eine Sommerwohnung für den Reichspräsidenten. Das B. L. demontiert ein in der Provinzpresse verbreitetes Gerücht, daß der Reichspräsident ein oder mehrere Rittergüter erworben haben soll und schreibt: Das Gerücht ist jedenfalls darauf zurückzuführen, daß der Reichspräsident ein kleines Dolchhaus in der Nähe des Hebrdelliner Sees erworben hat, das dem jeweiligen Reichspräsidenten als Sommerwohnung zur Verfügung gestellt werden soll.

Ueberfremdung des Hausbestandes. In der Stadtvorordnetenversammlung in Wiesbaden machte ein sozialdemokratischer Stadtvorordneter die Mitteilung, daß in der letzten Zeit 800 Häuser mit erheblichem Wertzuwachs in anderen Besitz übergegangen sind. Etwa 750 Häuser wurden von Ausländern erworben, das ist ein Fünftel des gesamten Wiesbadener Hausbestandes.

Eine zweite Bankierkonferenz. Das Berliner Tageblatt will aus gut unterrichteter Stelle erfahren haben, daß die V. r. p. o. n. t. W. o. r. g. a. n., der sich zur Zeit in Rom aufhält, spätestens am 28. November nach Amerika zurückzukehren gedenkt. Dieser Nachricht kommt deshalb besondere Bedeutung zu, weil seit geraumer Zeit Bestrebungen im Gange sind, eine zweite Bankierkonferenz zur Diskussion der Reparationsfrage nach Paris oder Brüssel einzuberufen. Hier soll Morgan wieder den Vorsitz übernehmen und es wäre deshalb wichtig, ihn hierzu noch während seines diesmaligen Aufenthaltes in Europa zu bewegen, da sonst die Einberufung einer zweiten Bankierkonferenz erhebliche Verzögerungen erleiden müßte.

„Deutschland muß auch Italiens Kriegsschulden bezahlen.“ Der römische Vertreter des „Petit Parisien“ hatte eine Besprechung mit dem neuen italienischen Schatzkanzler Rocco, der die phantastischen Projekte zur Lösung der Finanzkrise entwickelte. Er sagte u. a.: „Italien ist nicht reich genug, dem besiegten Deutschland in vollständiger Weise seinen Anteil an den Reparationszahlungen nachzulassen. Italien muß die Regelung mit herbeizien Stärke verlangen wie Frankreich, denn es voraussetzt bereits 10 Milliarden für den Wiederaufbau, die es Deutschland nicht schenken will. Deutschland muß auch Italiens Kriegsschulden bezahlen. Wenn England und Amerika Interesse an Deutschlands Wiederaufbau haben, so sollten sie auch die Kosten dafür tragen, sie brauchen nur auf ihre Forderungen zu verzichten.“

Die amerikanischen Wahlen. Obwohl bei den amerikanischen Wahlen damit gerechnet wurde, daß die Demokraten starke Gewinne einheimsen würden, ist die republikanische Niederlage überraschend groß. Es wurden nach den bisher vorliegenden Nachrichten 198 Demokraten, 1 Sozialist, 1 Unabhängiger gewählt. Ihnen stehen nur 200 Republikaner gegenüber. Wenn diese die Mehrheit behalten, so kann diese nur sehr gering sein. Im Senat, der nur zu einem Drittel neu gewählt wird, ist die republikanische Mehrheit erhalten geblieben, aber gleichfalls zurückgegangen. Die französische Presse fürchtet, daß durch diesen Ausfall der Wahlen die Frage der interalliierten Schuldenregelung hinausgeschoben werden wird.

Ein Ministerium Lipinski?

Im Ministerialgebäude in Dresden ist das alte Kabinett und berät, was nun zu tun sei. Die Lösung hat man noch nicht gefunden, und auch die Freunde aus der Partei, die herangezogen wurden, wissen keine. Der Plan, mit den Kommunisten eine Regierung zu bilden, hat ersten Widerstand bei den Gemäßigten in der Partei gefunden, und auch Hellwig und Lipinski glauben nicht daran, daß ein solches Verhältnis von Dauer sein würde. Immerhin ist damit zu rechnen, daß man an die Kommunisten herantreten wird, um ihre Bedingungen zu erfahren. Ohne Frage werden diese jedoch so sein, daß selbst Hellwig und Lipinski sie nicht annehmen können. Dann ist aber der Pflichten genügt, und die Regierung kann sich wieder nur aus sozialdemokratischen Mitgliedern zusammensetzen. Da die Demokraten nur die Mehrheit einer einzigen Stimme mitbringen, fällt eine Verbindung mit ihnen schon aus diesem Grunde weg.

Wir werden also in Sachsen wieder eine rein sozialdemokratische Regierung bekommen. Der Weg, den sie zu ihrer Konstituierung zurücklegen muß, ist aber nicht so leicht. Nach § 28 der sächsischen Verfassung ist nach jeder Neuwahl eine neue Regierung zu bilden. Das aber hat so zu geschehen, daß in der ersten Sitzung des Landtages zunächst der Ministerpräsident gewählt werden muß. Dieser ernannt seine Kabinettsmitglieder und bestimmt seinen Stellvertreter. Dann beschließt der Landtag das Gesamtkabinett oder lehnt es im ganzen oder in einzelnen Mitgliedern ab, was den Ministerrat der Regierung zur Folge hat. Die Schwierigkeit liegt also darin, einen Mann für den Ministerpräsidentenposten zu finden, auf den sich eine Mehrheit im Landtage vereinigen läßt. Auch ist dieser Mann nicht, er ist den Kommunisten zu geneigt. Die nichtsozialistischen Parteien würden, hätten sie die Gewähr, daß er bei der Ernennung der anderen Kabinettsmitglieder nichtsozialistische Persönlichkeiten berücksichtigen, um vielleicht ihre Stimme zu geben, aber diese Gewähr besteht nicht, denn das Bestreben der sozialdemokratischen Führer geht dahin, die „Republikaner“ auszuschalten. Es ist bereits bereits zu sehen, daß Lipinski als

Ministerpräsident vorgeschlagen wird, der den Kommunisten noch immer am genehmigsten ist. Die Wahrscheinlichkeit ist, daß er sich, die Situation durch Aussprechungen zu einer wohlwollenden Neutralität zu bewegen. Die Spuren der Bewegungsmacht machen die Sozialdemokraten zwar befangen, jedoch nicht übermäßig. Sie scheinen wirklich geneigt, eine Art „Bandeque-Politik“ zu treiben, denn sie rechnen damit, daß weder die nichtsozialistischen Parteien, noch die Kommunisten auf sie verpassen werden, erneut eine Landtagsauflösung herbeizuführen. Das unwürdige Schauspiel, das ein solcher durch ihre einseitige parteipolitische Haltung herbeigeführter Vorgang wäre, ist ihnen Robensache. Es reicht würde mit einer nochmaligen Wahl auch nicht viel, denn der sozialdemokratische Vorschlag ist so stark, daß eine wesentlich stärkere Wahlbeteiligung auf nichtsozialistischer Seite ihn kaum aufzuheben imstande wäre.

Verschärfter religionsfeindlicher Kurs in Sachsen.

Wir hatten schon mitgeteilt, daß der Kultusminister Plehner die Auslegung der sächsischen Volksschulgesetz (des Zentrumsorgans), er hätte seine Verordnungen gegen Schulandachten und nichtstaatliche kirchliche Feste eingeschränkt oder gar zurückgezogen, als falsch bezeichnet hat. Nur auf die rein katholischen Schulen, die bis zum Erlasse eines Reichsschulgesetzes über konfessionelle Charakter beibehalten können, sollen die Bestimmungen nicht angewandt werden. Im übrigen seien alle Volksschulen in Sachsen nicht kirchliche und konfessionelle, sondern Gemeinschaftsschulen. Jetzt, nach den Wahlen, holt Plehner zu einem neuen Schlags aus. Das Kultusministerium teilt durch die Nachrichtenstelle bei der Staatskanzlei mit:

„Das katholische Bischöfliche Ordinariat hat kürzlich durch einen langen Artikel in der sächsischen Volkszeitung demonstrativ zur Ueberretzung und Nichtbeachtung der vielumstrittenen Verordnungen des Kultusministeriums aufgefordert. Die Folgen davon waren, daß in vielen Fällen katholische Schulkinder am 1. November (Allerheiligen), einem nichtstaatlichen katholischen Festtage, die Schule nicht besuchten. Das Fernbleiben von der Schule wurde systematisch betrieben; an einigen Schulgebäuden hatte man sogar Streikposten aufgestellt. Das Vorgehen des katholischen Ordinariats und der Zeitungen, die es unterstützt haben, bedeutet eine offene und gewalttätige Auflehnung gegen rechtmäßig ergangene Verordnungen. Das Kultusministerium wird deshalb ein Strafverfahren nach §§ 110 und 130 des Strafgesetzbuches beantragen. Auch die Eltern, die ihre Kinder pflichtwidrig fernhielten, haben Bestrafung zu erwarten.“

Von Stadt und Land.

Am 10. November 1923
Unberechtigte getrennte Abstimmungen. Bei den Landtagswahlen wurden in verschiedenen Orten für Männer und Frauen getrennte Abstimmungen vorgenommen. Sie ergaben ganz interessante Resultate über die Beteiligung der Frauen in den verschiedenen Parteien. Die Sache kann aber noch ein Nachspiel haben, denn nach § 88, Abs. 2 der Landtagswahlordnung ist zur Vornahme der getrennten Wahl die Erlaubnis des Ministers einzufholen.

Fristen des Reichsverordnungsrechts. Verschiedene Fristen des Gesetzes über die Verlegung der Militärpersonen und ihrer Hinterbliebenen bei Dienstbeschädigung sind bereits abgelaufen, ihre Verlängerung ist aber im Wege der Gesetzgebung beschlossene Sache. Das Reichsarbeitsministerium hat daher l. H. angeordnet die Entscheidung über solche Anträge, für welche nach dem Reichsverordnungsrecht die Fristen bereits abgelaufen sind, zunächst auszuliegen. Da die Verlängerung der Fristen im Wege der Gesetzgebung bisher nicht möglich war, ist durch das Reichsarbeitsministerium nunmehr verfügt worden, die vorgenannten Anträge so zu entscheiden, wie wenn die Fristen nicht abgelaufen wären. Die hiernach ergreifenden Bescheide sind zunächst nicht berufungsfähig, es ist aber die Erstellung berufungsfähiger Bescheide nach gesetzlicher Regelung der Fristverlängerung in Aussicht genommen. Auskunft über die in Frage kommenden Fristen erteilen die örtlichen Verwaltungsämter.

Brotverorgung im Reiseverkehr. Mit Rücksicht darauf, daß sich seit dem Wegfall der Reichsbrotmarken der Preisunterchied zwischen Wartensbrot und markenfremdem Brot außerordentlich vergrößert hat, hat der Reichsernährungsminister verfügt, daß bei Reisen von längerer Dauer als vier Wochen Reichsbrotmeldebüchlein erteilt werden können. Wer auf seine Reise einen Lebensmittelabmeldebüchlein mitnimmt, muß sich danach bei seiner Rückkehr von dem Reiseort ebenfalls einen Lebensmittelabmeldebüchlein geben lassen, damit er hier wieder in die Brotverorgung aufgenommen werden kann.

Die Post nimmt kein Notgeld an. Die Postämter sind vom Reichspostministerium angewiesen worden, Notgeld, insbesondere solches von Banken, bis bei vorkommenden Fällenungen ihrer Zahlungsmittel der Post keinen Ersatz leisten, nicht in Zahlung zu nehmen. Darunter befinden sich auch die grünen 500 Markcheine der sächsischen Staatsbank.

Der Jungevertrieb. Zug 1923 ab Aus 7,14 nachm. hält nunmehr auch in Silbertrahse. Weiter wird der Sonnabend vorstehende Zug 1754, ab Aus 1,45 nachm. nach Elbenhof d. Schönbühlerhammer (an 2,45 nachm.) durchgeführt, wie auch der Zug 1757 nach Aus (an 8,00 nachm.) ab Schönbühlerhammer 2,52 nachm. verkehrt.

Der sächsische Reichsverband des deutschen Bauarbeiters-Bundes in Hamburg ist, wie das sächsische Tagesblatt meldet, von der Organisation ausgeschlossen worden, da es sich durch scheinbarwichtige Handlungen, besonders durch seinen Beitritt zur Moskauer Gewerkschafts-Internationalen, außerhalb des Verbandes gestellt hat; es erfolgte deshalb seine Auflösung und die Gründung eines neuen Vereins, um den Mitgliedern die bisher erworbenen Rechte zu wahren.

Ein Telegrammwort 12 000 Mark. Telegramme und Patete nach dem Ausland sowie Geldungen von dort werden jetzt nach dem Satz von 1800 Mark für den Goldfranken berechnet. Dieses Verhältnis gilt auch für die Wertangabe auf Pateten und Briefen sowie auf Rücksendungen mit Wertangabe. Im Telegramm kostet das Wort nach den Niederlanden 108 Mark, Belgien, Dänemark und der Schweiz 195, Frankreich, Litauen, Polen und Schweden 224, Norwegen 200, Italien 278, Finnland, Jugoslawien, Letland, Rumänien und Spanien 295, Portugal 304, Rußland 528, den Vereinigten Staaten 1225 bis 5450 Mark.

Ein stromerzeugendes Industrieunternehmen...
Die Anlage ist für die Vorseilfabrik Freiberg bestimmt, die sie zur Verfügung von Hochspannungsisolatoren usw. benötigt. Die Fundamentarbeiten der Reaktoranlage haben zweieinhalb Meter Länge. Die Anlage steht mit diesen Häfen einzig in der Welt da. Die Firma beschäftigt weiterhin eine Anlage zu bauen, die eine effektive Wechselspannung von über 2 000 000 Volt erzielen soll!

Konzerte.

Erstes Sinfonieorchester der Stadtkapelle. Kapellmeister Drechsel hat sich und seiner Kapelle hohe Ziele gesetzt. Sowohl die Besondereit der Eroica (S. Sinfonie Es-Dur), als auch die Tchaikowskische Ouvertüre „1812“ (Brand von Moskau) sind schon rein technisch ungemein anspruchsvoll, erfordern eine bedeutende Kraftentfaltung und die Sinfonie noch dazu hohe Durchdringung. Als Beethoven die Eroica schuf, schwebte ihm das Bild Napoleons vor, den Namen des macht- und ländergerierenden Korsen trug ursprünglich auch das Titelblatt des Werkes. Beethoven erkannte, daß Napoleon den Idealen seines Freiheitsheides nicht entsprach, und so nannte er das Werk: Sinfonie, komponiert zur Feier des Andenkens eines großen Mannes. Nicht ein Heldenleben, nicht Heldentaten will er schildern, sondern er gibt seinem innern Empfinden echten Helidentums Ausdruck. Das in seinem Aufbau, in seiner Ausdrucksweise ein einzigartiges Werk stellt an die ausführenden die höchsten Anforderungen. Kapellmeister Drechsel beherrscht die Partitur und hatte mit der verstärkten Kapelle sichtlich große Mühe auf das Studium verwendet. Die Sinfonie erfuhr darum auch eine hoch anerkennenswerte Wiebergabe. Streicher und Holzbläser leisteten ganz Vorzügliches, in den Hörnern blieb einiges zu wünschen übrig, was bei der Schwierigkeit einzelner Motive im Scherzo nicht zu verwundern ist. Die Kapelle und ihr Kapellmeister umfingter Leiter erzielten lebhaften Beifall. Die Ouvertüre „1812“ des Russen Tchaikowsky zeigt den großen Komponisten, der alle orchestralen Mittel erstaunlich beherrscht und ungeheurer viel kann; bei aller Eigenart spürt man aber doch, daß das Werk nicht aus dem Innern des Künstlers heraus gestiegen ist. Wunderliche lyrische Stellen wechseln mit unbedeutenden, ja brutal wirkenden Stellen. Die Ouvertüre wurde schwingungsvoll gespielt, die Tonmalereien verfehlten ihre Wirkung nicht und der Kapelle und Kapellmeister Drechsel wurde auch für diese interessante Gabe herzlich gebannt. — In der Kammermusik spielte die Sinfonieorchesterkapelle eine Sängerin von bedeutendem Ruf zur Mitwirkung gewonnen worden. Sie sang das Gebet der Elisabeth aus Wagners Tannhäuser mit Placido Domingo und vier Lieder aus Des Knaben Wunderhorn, komponiert von Gustav Mahler: Ich ging mit Lust, Starke Einbildungskraft, Abtötung im Sommer und Aus, aus! In dem Gebet kamen alle Vorträge der Künstlerin zur Geltung: die große, leuchtende Stimme, die schöne Linie ihres Gesanges, die ganze Wärme ihrer Vortragskraft. In den 4 interessanten Liedern kamen mit klarer Begabung (Kantor Semmler) wuchtige, feine Stimmung nachzugehen und hat mit der Wiebergabe der einfach klingenden und doch modern gebräuteten Lieder wundervolle Leistungen. Die Künstlerin wurde lebhaft gefeiert und mußte sich zu einer Zugabe verstehen. — Hoffentlich erfreuen sich auch die folgenden Sinfonieconcerte eines gleich guten Besuches. Es ist Pflicht eines jeden ihrer Musikfreunde, unsere Stadtkapelle erhalten zu helfen.

Oberlesema. Großer Diebstahl. Nachts wurden dem Wirtschaftsbefehlshaber Matthes aus einem auf dem Vorplatz des Obergeschosses stehenden Wäschekorb eine große Anzahl Wäsche im Werte von über 80 000 Mark gestohlen. Der Dieb hat sich anschließend nach Eintritt der Dunkelheit eingeschlichen.

Burkhardtshaus. Altershilfe. Für die Kleinrentner, Sozialrentner, Armen und Kranken stellten die hiesigen Landwirte 200 Rentner Kartoffeln zum Preise von je 200 Mark für den Rentner zur Verfügung. Die Fabrikanten stifteten 120 000 Mark, die ebenfalls an die bedürftigen alten Ortsbewohner verteilt werden konnten.

Uhlitz. Ein Uhrschwindler. Von einem Unbekannten, der sich Uhrmacher Ghindel aus Lugau nannte, sind eine Anzahl Einwohnern von Uhlitz um wertvolle Taschenuhren geprellt worden. Der Unbekannte erklärte sich bereit, Uhren, die der Reparatur bedürftig, auszubessern und in spätestens acht Tagen wiederzubringen. Es sind ihm darauf mindestens 4 Uhren im Werte von je 6 bis 10 000 Mark ausgehändigt worden, die er nicht wieder zurückgebracht hat. Der Schwindler ist spurlos verschwunden. Auch konnte seine Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden.

Garlsfeld. Des Raubansfalls verdächtig. Vier wurden am 4. d. M. drei Unbekannte, die sich als obdachlos gemeldet hatten, festgenommen, da sie im Verdacht stehen, in der Nähe von Trinitzsch in Böhmen im Walde einen Raubansfall auf einen Meißner Arbeiter aus Fräuhub verübt zu haben. Von den drei Verdächtigen stammt einer aus Norwegen, die beiden anderen aus der Niederlausitz.

Hülkau. Raubansfall auf offener Straße. Am Montagabend haben zwei noch unermittelte Mannspersonen auf der Mannstraße einem Mann, der im Begriffe war, an seine Arbeitsstätte zu gehen, seine Brieftasche mit 2000 Mark geraubt. Einer der beiden Räuber hatte den Verübten zu Boden geworfen und den Mund zugestopft, während ihm der zweite Täter die Brieftasche entriß.

Wald. Unterschlagung. Einem Reisenden aus Leipzig wurden Waren im Werte von 800 000 Mark, die er nach der Tschschowitz ausführen wollte, beschlagnahmt. **Wauen. Unterschlagung.** Die Frau eines Gewerbetreibenden übernahm dem Hausdiener eines hiesigen Hotels 2000 tschschowitz Kronen im heutigen Werte von über 500 000 Mark zum Verwahren auf einer Bank. Der Diener unterschlug das Geld und flüchtete.

Wauen. Der Tod beim Spiel. Der 10jährige Schulknabe Steps stieg beim Spiel mit einem jüngeren Kameraden den Kopf in eine Schlinge, geriet in die Schlinge und fand hierbei den Verhängnis.

Wauen. Vom Auge überfahren. Eine 85jährige Frau von hier, die das Verannahen des Auges nicht bemerkt hatte, wurde von diesem tödlich überfahren.

Dresden. Schließung der Fremdenhöfe. Der Verein der Hotelbesitzer von Dresden und Umgebung hat in seiner Vertreterversammlung am 3. November gegen die Beherbergungsteuer einstimmig beschlossen, die Dresdner Hotelunternehmer mit Rücksicht auf den eingetretenen Tiefstand der wirtschaftlichen Verhältnisse und die Beförderung der Ertrags der Betriebe am 16. Dezember 1922 zu schließen und dem gesamten Personal bereits am 16. November den Dienst aufzukündigen, falls nicht bis dahin die Dresdner Beherbergungsteuer auf 10 Prozent des reinen Beherbergungspreises von ausländischer Stelle herabgesetzt wird.

Kommt und hilft!

Rentnerhilfswoge in Aue

Ein Vorwort für die
vom 12. bis 18. November 1922.

Für diejenigen, die von den Folgen des Krieges am härtesten betroffen sind, wird jetzt überall im Deutschen Reich zur Hilfe aufgefordert und tatkräftig gearbeitet. Es sind diejenigen, die ein langes Leben hindurch in harter Arbeit gerungen haben und die nun im Alter in kürzester Zeit vor dem Nichts stehen werden, die Kleinrentner, die ehemals ihre mühsam ersparten Groschen dem Reich, dem Staat, den Gemeinden und der Deutschen Wirtschaft gaben und nun als Jinsen wertloses Papier erhalten. Die mancher, der zu stolz und zu vornehm ist, sein Elend zur Schau zu tragen, hungert im Geheimen und leidet viel bitterer als derjenige, der längst schon der öffentlichen Unterstützung anvertraut wurde. Hauptsächlich aus den Kreisen der Handwerker und Gewerbetreibenden stammen diese heute so Bedürftigen.

Überall versucht man, dieser Not auf irgend eine Weise ein wenig zu steuern; Städte nicht viel größer als Aue, haben Millionen aufgebracht unter ihren Bürgern, um damit Gutes zu stiften.

In Aue hat es der Albert-Zweigverein vom Roten Kreuz übernommen, für diesen Zweck ein Sammelwerk zu versuchen, um wenigstens ein Weihnachtsgeschenk für unsere bedürftigen Kleinrentner zu ermöglichen. Eine größere Anzahl Personen sind uns bereits bekannt, aber von wiederien werden wir noch insgeheim erfahren, deren Not nicht in der Öffentlichkeit bekannt ist! Für jeden muß doch mehr als ein Pfund Margarine und ein Pfund Fleisch herauskommen.

Nicht in Form der Straßen- und Hausammlung wollen wir arbeiten, nur bei Wenigen werden in den nächsten Tagen Mitarbeiter unseres Vereins vorkommen, um unsere herzlich Bitte um eine

tatkräftige, großzügige Hilfe

männlich zu unterstützen.

Wir haben ein Konto für die Rentnerhilfe bei der hiesigen Großbank unter der Nummer 1810 eröffnet. Lebensmittel, Waren, Stoffe usw. bitten wir, bei der Unterzeichneten oder den Sammlerinnen abgeben zu wollen.

Es gilt eine fittliche Pflicht und ein Menschheitsgebot zu erfüllen.

Im Namen des Albert-Zweigvereins Aue.
Frau Gertrud Hofmann.

Wir schließen uns dem Aufruf zur Hilfe an. In allen Orten des Reiches sind bereits große Hilfsmahnahmen im Gange. Es sind überall von bestem Erfolge begleitet. Aue darf nicht zurückbleiben. Die Not ist groß, dem Albert-Zweigverein gebührt Dank für die Einleitung des Sammelwerkes. Gewiß sind derer, die etwas etwas zum Schenken übrig haben, nicht viele. Diese müssen große Summen geben. Aber auch alle anderen müssen helfen. Trotz aller eigenen Sorgen muß jedermann seine Hand für die bitter Not leidenden Rentner ausstrecken.

Kommt und hilft!

- Die Redaktion.
- Der Albert-Zweigverein ersucht die Herren Geschäftsinhaber ihm von der Tageseinnahme des 18. Nov. 1922 einen Prozentsatz abzugeben, die Herren Gastwirte und Kaffeehausbesitzer, während der ganzen Rentnerhilfswoge einen angemessenen Zuschlag auf die Rechnungen ihrer Gäste zu erheben, die Herren Saalbesitzer, in den Tanzsälen wöchentlich den einzelnen Tänzern von heute bis 15. Dezember 1922 besonders begabte Orchester zu Gunsten der Sammlung einzuschließen zu lassen, die Herren Vereinsvorstände, bei ihren Veranstaltungen bis zum 15. Dezember 1922 eine besondere Tellerammlung zu veranstalten, die Herren Altbürger, am 18. November 1922 auf die Eintrittskarten einen Zuschlag zu erheben.

Die Valutaverluste in der Lebensversicherung.

Ueber die Neugründungen in der Lebensversicherung sind in der letzten Zeit eine Reihe von Mitteilungen in der Presse erschienen, die geeignet gewesen sind, die größere Öffentlichkeit über den traurigen Ernst, der in der Befristung der bürgerlichen Versicherungen liegt, hinwegzuführen. Die Wahrheit ist die, daß den in Frage kommenden „valutabelasteten“ Gesellschaften — bemerkenswerterweise sind dies gerade unsere größten und ältesten Gesellschaften — allein für die Verpflichtungen, die ihnen aus dem Schweizer Geschäft erwachsen sind, Rücklagen im Gesamtbetrag von etwa 100 Millionen Schweizer Franken fehlen, was nach dem heutigen Devisenstand eine ungeheure Verpflichtung von mehr als 70 Milliarden Papiermark bedeutet. Dazu kommen noch die Verluste aus dem Geschäft in den übrigen valutastarken Ländern, wie Holland, Dänemark, Skandinavien usw., die sich in ähnlicher Höhe halten dürften.

Nun heißt es in einer Mitteilung, die vor kurzem in einer Reihe sächsischer Zeitungen erschienen ist: „Um die Valutaverbindlichkeiten auch von den Versicherern abzulösen, die bei den alten Umständen bleiben, ist ein Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz getroffen, daß nur noch der Genehmigung der gesetzgebenden Körperschaften bedarf!“ Was es mit diesem nur noch für eine Bewandnis hat, darf den vielen Millionen deutschen Versicherern, die bei unbelasteten Gesellschaften Versicherungsgeschäfte gesucht und gefunden haben, nicht länger vorenthalten werden. Dieses nur noch bedeutet, daß dem Reichstag ein Gesetzentwurf vorgelegt werden soll, durch den alle deutschen Versicherungsgesellschaften, auch die valutabelasteten, auch diejenigen, die grundsätzlich niemals im

Valutabelasteten abzulösen sollen, genommen werden sollen, vom 1. Januar 1923 ab von ihrem Valutastand loszulassen und zur Befristung der Verbindlichkeiten der Versicherer zu zwingen zu sollen. Dies würde nach dem Abkommen bei einer mittleren Gesellschaft, die beispielsweise etwa monatlich 100 Millionen Reichsmark Versicherungssumme abschließt, rund 1 Million Reichsmark monatlich betragen. Abgesehen davon, daß eine solche ungeheure Belastung gänzlich unzulässig, Gesellschaften jenseits Reichsgrenzen hinaus sprechen würde, dürfte sie überdies gegenüber den phantastischen Verlustzahlen der notleidenden Gesellschaften doch ohne jede Bedeutung bleiben, da mit jedem erneuten Anleihen der Devisenkurs die Verlustzahlen sich ins Ungemessene weiter erhöhen. Unter Umständen würde die Diskussion aber dazu führen, daß neben den jetzt valutabelasteten Gesellschaften, die ruhig ihre Zahlungsunfähigkeit zugeben sollten, auch noch die übrigen Gesellschaften ins Verderben mitgerissen werden. Es erscheint daher dringend geboten, daß die bei nicht belasteten Gesellschaften Verhättnissen mit allem Nachdruck Einspruch erhoben gegen die Absichten der Regierung, sie als Schullose lassen zu lassen für die verheerende Wirtschaftspolitik des Reiches und die verheerende Wirtschaftspolitik der belasteten Gesellschaften. Es erscheint übrigens ganz unmöglich, auf der einen Seite die Durchführung der Erfüllungspolitik gegenüber unseren ehemaligen Feinden, welche sie mit allen Mitteln zu erzwingen suchen, zu bestreiten und auf der anderen Seite den Neutralen gegenüber eine solche Erfüllungspolitik freiwillig auf sich zu nehmen. Wie wir vernehmen, hat sich in Dresden eine Schutzvereinigung unter dem Namen „Vereinigung zur Wahrung der Rechte der valutastarken Versicherungsgesellschaften“ gebildet.

Vermischtes

Die Hungerkatastrophe im Saargebiet. Unter der verhängnisvollen Wirkung der doppelten Währung im Saargebiet leiden die alten Leute am schwersten. Die Zahl derjenigen, die freiwillig aus dem Leben scheiden und derjenigen, die an den Folgen einer langen Unterernährung zugrunde gehen, wird größer und größer. Die wenigsten Fälle allerdings werden der breiten Öffentlichkeit bekannt. Es ist bezeichnend, daß eine große Diskussion von Seiten der Regierung noch immer auf sich warten läßt. Dagegen schreiten Kommunal- und Kreisbehörden tatkräftig ein; ebendort reiht die private Fürsorge sich an. Ueberall im Lande wird für die „Altershilfe“ gesammelt. Alle Parteien, Gewerkschaften und Vereine, ohne Unterschied der Konfession, arbeiten Hand in Hand, um weiteres Unheil zu verhindern. Die Röhrlingschen Eisen- und Stahlwerke in Böllingen rufen die Belegschaft auf, auf den Lohn einer Arbeitsstunde für den Oktober zu verzichten. Das bekannte große Werk erklärt sich bereit, den gleichen Betrag, wie er durch die Sammlung eintommen wird, seinerseits an den Landesausgleich für Altershilfe abzuführen. Die Neunkirchner Eisenbahnbeamten und Angestellten haben bei der letzten Gehaltszahlung für die dortigen Waisenhäuser beider Konfessionen und für die Notleidenden der Stadt gesammelt. Es ergab sich ein Betrag von insgesamt 280 000 Mark.

25-Millionen-Mark-Spende der Schweiz für die deutschen Schriftsteller. Die Schweizerisch-deutsche Hilfskommission, die sich durch ihre Hilfeleistung für die notleidenden deutschen Kinder besondere Verdienste erworben hat, hat dem Reichspräsidenten die Summe von 25 Millionen Mark zur Verringerung des Notleidens unter den Angehörigen des deutschen Schrifttums zur Verfügung gestellt.

Ein Großfilm zum Behen der geistigen Arbeiter. Vertreter der großen deutschen Kunstverbände in Berlin haben in einer Versammlung ein Hofmännchenkomitee eingesetzt, das die Herstellung eines Großfilms in die Wege leiten soll, dessen materieller Ertrag ausschließlich der Befreiung der Not unter den geistigen Arbeitern Deutschlands dienen soll. Die Fertigstellung des Films wird voraussichtlich ein Vierteljahr in Anspruch nehmen. Alle dabei beteiligten Kräfte werden sich unentgeltlich in den Dienst des großartigen Unternehmens stellen.

Zwei deutsche Dampfer untergegangen. Die Hamburger Dampfer Hermann Sauter (4000 Br.-R.-L.) und Herbert Sauter (ein kleiner Dampfer von etwa 1600 Z.) mit Kohle von England nach Hamburg bestimmt, sind beide überfällig. Es wird vermutet, daß beide mit ihren je 20 Mann starken Besatzungen im Sturm untergegangen sind.

Große Luftverkehrspläne für Rußland.

Ein Mitarbeiter des „Manchester Guardian“ berichtet über die Vorbereitungen, die von der Sowjetregierung zur Einrichtung eines ausgedehnten Luftverkehrsnetzes getroffen werden, das den Namen nach durchzuführen möglich sein soll, in Wirklichkeit aber auf der Arbeit deutscher Ingenieure und Flugzeugführer beruhen wird, die angeblich 50 000 Flugzeuge herzustellen im Begriff sind. Es soll ein Netz von großen Hauptverkehrslinien über Rußland hinweggeführt und sodann Verkehrslinien zum Anschluß der festlich liegenden Gebiete angelegt werden. Die deutschen Berater der Sowjetregierung sollen erklärt haben, daß man zur wirtschaftlichen Weiterentwicklung Rußlands auf dem Luftwege in wenigen Monaten mehr erreichen könnte, als auf andere Weise. In mehreren der von Moskau angenommenen Plänen wird auch die Heranbildung einer ausreichenden russischen Personalvorsehung, doch sollen zunächst sämtliche Stellen von Deutschen besetzt werden.

Letzte Drahtnachrichten.

Washington, 10. November. Das Außenministerium meldet aus Washington, daß dem Staatssekretär Hughes durch die alliierten Botschafter übermittelte Vorschlag geht dahin, daß amerikanische Sachverständige nach Paris geschickt werden sollen, um über Mittel und Wege der Durchführung von Zahlungen an die Besetzten Staaten zu beraten. Es liegt noch keine Mitteilung über die Antwort Hughes vor.

Die amerikanischen Wahlen. London, 10. November. Nach einer Neukommunikation aus Washington ist die Zusammenfassung der neuen Repräsentantenhauses folgender: 225 Republikaner, 207 Demokraten, 1 Sozialist, 1 Bauernführer, 1 Arbeitervertreter und 1 Unabhängiger.

Das Elftar notiert die Handelskommission in Berlin vorbestellt mit 7400.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Schumann. Druck u. Verlag: Rueder Druck- und Verlagsanstalt m. B. G. Gm.

